

Sicherheitspolitischer Bericht: Neue Bedrohungen fordern verstärkte Investitionen

- 30.04.2021
- shn.ch / Schaffhauser Nachrichten, Dario Muffler

Die Sicherheitslage der Schweiz hat sich in den letzten Jahren verändert. Neue Bedrohungen wie Desinformationskampagnen von Gruppierungen oder gar von Staaten sowie Cyberattacken sind relativ neue Phänomene. Derweil beschäftigen Terrorismus und organisierte Kriminalität die Sicherheitsbehörden nach wie vor. All dies listet der Bundesrat in seinem neusten Sicherheitspolitischen Bericht auf, zu dem am Donnerstag die Vernehmlassung eröffnet wurde. «Die Situation ist instabiler, das geopolitische Umfeld unberechenbarer und deshalb schwieriger geworden», sagte die Vorsteherin des Verteidigungsdepartements, Bundesrätin Viola Amherd (CVP), am Donnerstag vor den Medien.

Es sind vor allem sogenannte «hybride» Mittel wie Cyberangriffe oder Desinformationskampagnen mittels Fake News, die bei Konflikten immer stärker zum Einsatz kommen. Dieser Bedrohung müsse künftig mehr Beachtung geschenkt werden, heisst es im Bericht. Jedoch habe es bis heute keinen nachweislichen Fall etwa von einer Wahlmanipulation in der Schweiz gegeben, sagte Amherd. Nicht verschwunden sind derweil Bedrohungen wie der islamistische Terrorismus. Auch konventionelle militärische Mittel würden häufiger genutzt, um eigene Anliegen durchzusetzen.

«Eine direkte militärische Bedrohung durch einen terrestrischen Angriff auf die Schweiz ist kurz- und mittelfristig unwahrscheinlich», heisst es im Bericht. Doch ganz vernachlässigen könne man das Szenario nicht. Genannt werden beispielsweise moderne Kampfflugzeuge, die für den Schutz des Landes und der Bevölkerung unverzichtbar seien. «Sicherheitspolitisch macht es Sinn, verschiedene Themen, wie zum Beispiel die Frage der Energie miteinzubeziehen. Denn wer in Zukunft mehr Energie hat, könnte auch mehr Macht haben.

» Thomas Hurter, Schaffhauser Nationalrat Explizit erwähnt hat Amherd gestern auch das neue Cyberkommando der Schweizer Armee. Die Verstärkung des Schutzes vor Cyberbedrohungen gehört denn auch zu einem von neun Zielen für die Schweizer Sicherheitspolitik. In diesem Bereich sei man zu wenig weit fortgeschritten, so Amherd. «Weiterentwickeln, nicht aufholen» Thomas Hurter, SVP-Nationalrat des Kantons Schaffhausen, teilt die Einschätzung der Bundesrätin nicht ganz. «Wir müssen nicht aufholen, sondern uns stetig weiterentwickeln», sagt das Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats.

Wichtig sei, das Beste aus den verfügbaren Mitteln zu machen. Hurter begrüsst, dass der Bericht explizit die Mittel der Armee erwähnt. «Wir benötigen zum Beispiel eigene geschützte Fahrzeuge und eigene Kampfflugzeuge, um unsere Bevölkerung zu schützen und Bodentruppen zu unterstützen. Wir können uns nicht nur auf Partner verlassen, wie wir in der Covidkrise gesehen haben: Im Notfall schaut jedes Land zuerst für sich», sagt Hurter. Abseits von Bedrohungen, die von Menschen ausgehen, erwähnt der Bericht auch den Klimawandel, der zu häufigeren und stärkeren Naturkatastrophen führe.

So will der Bundesrat auch in diesem Bereich den Schutz verbessern und darin investieren. «Sicherheitspolitisch macht es Sinn, verschiedene Themen, wie zum Beispiel das Klima oder die Frage der Energie miteinzubeziehen. Denn wer mehr Energie hat, könnte in Zukunft auch mehr Macht haben», sagt er. Was aber nicht gehe, sei Geld aus dem Armeebudget zu nehmen und dies in Klimaschutz zu investieren. Er betont dabei, dass Hybride Konfliktführung immer wichtiger werde.

«Der Staat hat viele Aufgaben zu erledigen, dazu gehört, die Sicherheit der Bevölkerung zu

garantieren. Nur ein kurz und präzise gehaltener Sicherheitspolitischer Bericht hilft in den politischen Diskussionen», sagt Hurter. Hurter hatte in der Vergangenheit gefordert, dass der Bericht kürzer und präziser werde. Hatte der Bericht 2016 noch über 120 Seiten, sind es nun gut 40. Künftig soll ein aktualisierter Bericht einmal pro Legislatur veröffentlicht werden.

Im Sicherheitspolitischen Bericht 2021 steht, welchen Bedrohungen die Schweiz ausgesetzt ist. Dazu zählen auch neue Bedrohungen wie Cyberattacken und Desinformationskampagnen. Diese hybride Art Konfliktführung werde wichtiger, sagt Thomas Hurter. Thomas Hurter: «Wir müssen nicht aufholen, sondern uns stetig weiterentwickeln»